

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten  
Verlagsnummer: 25 241.  
Für die Nachgelagerte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. August 1924 bei tägl. zweimaliger Zustellung drei Haus 1.50 Goldmark.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die empfangene 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Erläuterungen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 mm breite Reklameweile 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Lieferungsgebühr 10 Pfg. Vorauszahlung gegen Barauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marianstraße 36/40.  
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.  
Pollichsch-Konto 1068 Dresden.

Abdruck nur mit bewilliger Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unvollständige oder unrichtige Angaben werden nicht berücksichtigt.

## Europas Schicksal bei den Deutschnationalen

### England wartet auf die Entscheidung der Dn. Bp. zu den Londoner Beschlüssen. Die Räumung von Offenburg und Appenweier vollzogen. — Die französischen Kriegsgerichte arbeiten weiter.

#### Was werden die Deutschnationalen tun?

(Zusammenfassung von der Londoner Konferenz)  
London, 19. August. Das politische Interesse in England richtet sich gegenwärtig anhaltend auf die Lage in Deutschland. In allen Kreisen wird übereinstimmend festgestellt, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz ausschlaggebend für die Haltung der Deutschnationalen abhänge ist. Zwar erwartet man eine Entscheidung für die Annahme des Londoner Paktes, ist sich hierbei aber keineswegs sicher. „Morning Post“ schreibt: „In Wirklichkeit gibt es nur eine wichtige Frage, nämlich: Was wird die Deutschnationalen selbst vorantrieben das noch nicht wissen und sich selbst fragen: Was werden die anderen tun?“ Sie werden sich aber bis kommenden Donnerstag in der Frage zu entscheiden müssen. Die „Times“ meint, die Entscheidung der Partei würde von den Parteiführern Wehner und Berg abhängen und, was ebenso wichtig ist, von der Stellung der Nationalen Volkspartei. An ähnlichem Sinn äußern sich alle anderen Blätter. „Schwäbischer Boten“ schreibt: „Der unbekannteste Faktor in der Frage ist die Politik der Deutschnationalen, die die Regierung beherrschen. Eine ihrer Besprechungen nicht beendet sind, kann eine Prognose nicht gemacht werden. An allen Stellen erlabt sich, daß es ein Fehler wäre, eine Minderheitsregierung zu den Verhandlungen nach London zu schicken.“

#### Die Londoner Beschlüsse als Verschlechterung des Dawes-Berichtes.

(Zusammenfassung unter Berliner Schriftleitung)  
Berlin, 19. Aug. Ueber die letzten Besprechungen der Parteiführer bei Marx wird u. a. mitgeteilt, daß alle Delegationen auf die Abgabe von Erklärungen verzichteten. Inzwischen habe man aus der Zeit der Fragen, die vom Kanzler, Dr. Stresemann oder Dr. Vöthler beantwortet wurden, ersehen können, daß die Deutsche Volkspartei und auch noch die Deutschnationalen mit den Londoner Abmachungen wenig zufrieden sind. Man sieht dies schon beim Empfang der Resolutionen in d. - Kreise der Volksparteilichen Abgeordneten deutlich, so noch mehr bei der Konferenz mit den Deutschnationalen.  
Viele hätten vor allem gegen die Verlängerung der Besetzung um ein weiteres Jahr schwere Bedenken. Das ihnen die Transaktionsbedingungen nicht unklar seien, dürfte nicht wundernehmen. Da selbst die Urheber dieser Besprechungen, wie sich in London gezeigt haben soll, sich im wesentlichen über ihre eigene Schwäche beklagten.  
Aber in allem hielten die Deutschnationalen die Londoner Beschlüsse für eine wesentliche Verschlechterung des Dawes-Berichtes.  
Eine präzisere Stellungnahme könnten die Deutschnationalen aber erst nehmen, wenn sie die Beschlüsse selbst in der Hand hätten. Die Besprechungen hätten demnach einen rein in-

formativischen Charakter getragen. Die nächsten Tage bis zum Aufbruch der Reichstagsdelegationen werden von Sitzungen der Fraktionen auszufüllen werden, in denen sie sich auf die in der Volkskammer abzugebenden Erklärungen zu einigen haben.

#### Die Besprechungen im Reichskabinett.

Berlin, 19. August. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, die um 3 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten begann, nahmen sämtliche in Berlin anwesende Minister teil. Die aus London zurückgekehrten Mitglieder gaben einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Londoner Konferenz, wobei sie feststellten, daß die deutschen Delegierten zum ersten Male seit dem Krieges völlig gleichberechtigt mit den Alliierten verhandeln konnten.  
Das Kabinett billigte einstimmig die Haltung seiner Vertreter in London und wird seinen Zweifel darüber lassen, daß es den beschriebenen Weg unter allen Umständen weiter verfolgen werde.

#### Seule

Der Reichstag tritt früh um 9 Uhr zusammen und genehmigt die Gesetzentwürfe über die Privatversicherungen und die Anbringung der Industriebeihilfen, sowie das deutsch-spanische Handelsabkommen. Um 10 Uhr treten die Fraktionen zusammen und die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Sitzung mit dem Reichspräsidenten in der Reichstagskammer zusammen. Sie hatten sich vollständig einverstanden erklärt. Die letzten Besprechungen über die Verhandlungen in London.

Der Zusammentritt des Reichstags dürfte nicht für Donnerstag, sondern erst für Freitag zu erwarten sein. Es wird damit gerechnet, daß die parlamentarische Entscheidung über die Ergebnisse der Konferenz in die zweite Hälfte der nächsten Woche fallen werde und daß, falls die erforderliche Mehrheit für die Besetzung der Transaktionsbedingungen nicht erreicht werden sollte, alsbald die Aufhebung des Reichstags angedacht werden würde. In diesem Fall würde die für den 20. d. Mts. vorgesehene Vollziehung der Londoner Abmachungen nicht möglich sein. Auch in den

#### Besprechungen mit den Parteiführern

wurde von den deutschen Delegierten über den Verlauf der Verhandlungen berichtet. In den letzten teilweise persönlichen Verhandlungen und Ansprachen der deutschen Delegierten vom französischen Ministerpräsidenten den Eindruck erregt, daß er überaus hohe Ideale vertrete und vom besten Willen besetzt sei. Das gegenseitige Vertrauen, das sich während der Verhandlungen zwischen Herriot und Marx angebahnt habe, werde dadurch praktisch zur Auswirkung kommen, daß künftig bei etwaigen Streitigkeiten im besetzten Gebiete der Reichskanzler einen Privatbrief an den französischen Ministerpräsidenten richten werde, um eine Abklärung der Verhältnisse herbeizuführen. Herriot habe sich mit diesem Verfahren bereitwillig einverstanden erklärt.

#### Der Kampf um die Arbeitszeit.

Von Karl Tögel, Sankt-Petersburg.  
Die Sozialisten haben, unterstützt und getrieben von den freien Gewerkschaften, einen Antrag auf Volkserklärung über Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gestellt, und bereiten diesen Kampf im Volke vor. Dieser Antrag entspricht nicht nur dem Willen deutscher sozialistischer Gewerkschaften, sondern er folgt auch einem strikten internationalen Arbeitskonferenz auf der 6. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf am 21. Juni d. J. auf Deutschland erlosch. Es ist selbstverständlich, daß ein Antrag, Herr Jouhaux, der Führer bei dieser neuen Initiative auf die Souveränität Deutschlands gewiesen ist, und es ist fast ebenso selbstverständlich, daß ihm der deutsche Gewerkschaftsvertreter Herr Müller sehr bereitwillig sekundiert hat, wobei er nicht verneint, die geschäftlichen und bekannten Angriffe auf das deutsche Unternehmertum vor dem lächelnden Auslande auszubreiten. Man kann eben in Kreisen der nationalen und internationalen Tagung verschiedener Meinungen sein. Offenbar hat Herr Müller den Wind mit dem Jahresjahre gekehrt, der ihm von dem französischen Sekretär des Arbeitsamtes mit der Bemerkung erteilt wurde: „Tiefes Ausbeugungsdenken werde in Herr Müller zu Hause zu erleben haben.“ Aber gerade in dieser Verleumdung deutscher sozialistischer Verbrennen auf dem Gebiete der Arbeitsgesetzgebung mit internationalen Wünschen, die durchaus mit neuer deutscher Anhebung parallel laufen, erwacht dem deutschen Staate und der deutschen Wirtschaft eine neue ungeheure Gefahr.

Es ist das Verdienst einer im Verlag von Fr. Müller in Berlin erschienenen Zeitschrift „Die Arbeitsfrage“, die das ganze Problem sehr wertvoll beleuchtet, auch auf diese neue Gefahr hingewiesen zu haben, die uns droht.

Hauptächlich entfremdet die internationale Einmischung der Furcht vor der deutschen Konkurrenz. Nur in den meisten ausgesprochen worden, wie dies ja auch im Sachverständigenbericht zu lesen ist. Dennoch aber steht im Dawes-Bericht eben auch, daß Deutschland die Reparationssumme nur bezahlen kann durch einen wirtschaftlichen Heber aus der Arbeitsleistung des Landes bei aktiver Handels- und Zahlungsbilanz. Die Sachverständigen geben damit zu, daß wir nur bestehen können bei bedeutender Steigerung unserer Werte-Produktion. Dieser Widerspruch in diesem Gutachten gehört zu den vielen Widersprüchen, die auch sonst darin zu finden sind.

Anschließend ist in Genf auch die Frage der Mehrarbeit mit der Frage der Reparationen verbunden worden. Die jetzige deutsche Regierung in Genf sowohl, als auch alle vorhergehenden Regierungen, wie Dr. Wirth und Rathenau in Genf, das Koalitionskabinet Stresemann unter Zustimmung der sozialistischen Stabkabinettsmitglieder haben betont, ohne Mehrleistung könne keine Reparationsverpflichtung erfüllt werden. Dabei ist selbstverständlich, daß bei der Erörterung des Mehrleistungsproblems nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch die technische Vervollkommenung, wie die Fragen der Betriebsorganisation eine Rolle zu spielen haben.

Von den deutschen Gegnern aber wird der Zusammenhang zwischen Mehrarbeit und Reparationen vollkommen in Abrede gestellt. So behaupten z. B. die Anträge und Vektoren einhellig, daß sie ihre gesamte Wirtschaft wieder herzustellen hätten, ohne den Nachbarn und leisten könne und dann Deutschland die Reparationen auch leisten könne und müsse, ohne auch nur eine halbe Stunde länger zu arbeiten. Die ganze Spitzfindigkeit dieser französischen Anwesenheit liegt ohne weiteres auf der Hand; denn einmal hat Frankreich seine Wiederarbeitleistung abgelehnt unter Verwendung der von Deutschland gezahlten Milliarden und sodann ist zwischen der schematischen sofortigen Einlösung des Adhärenzabkommens in Deutschland, wie wir es 1918 erlebten, und zwischen der Arbeitszeit in Frankreich ein ungeheurer Unterschied, der unseren Gewerkschaften sehr wohl bekannt sein wird.

Aber bei der theoretischen Behandlung dieser Frage ist man im Juni in Genf nicht stehen geblieben. Der französische Delegierte Jouhaux hat vielmehr den Antrag gestellt: Die internationale Arbeitskonferenz bittet den Verwaltungsrat, Mittel und Wege zu finden, um die Aufrichtigkeit der Reparationskommission (!!) auf die sozialen internationalen Folgen zu lenken, die für die Verwirklichung des von ihr angenommenen Programms (Dawes-Gutachten) entstehen.

Das bedeutet nichts anderes, als daß man unter Benutzung des jetzt in London weit überföhrten Dawes-Gutachtens die Reparationskommission auffordert, sich eine innerdeutsche neue Kontrolle zu überlassen, um den Adhärenzvertrag in Deutschland zu erhalten. Was hier im Hintergrunde die Antragssteller lehren, das haben uns die Ergebnisse der Londoner Konferenz zur Evidenz bewiesen, nämlich: Vernichtung der nationalen, finanziellen und nun auch wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands. Viel, sehr viel davon hat man ja schon in London erlebt, aber — man konnte das in Genf doch nicht so genau wissen, und dann, warum nicht? Eine doppelte, aber, wie es nun ist, eine dreifache Scham hält besser! Also, die Frage des Adhärenzabkommens, so beachtlich man, soll von der Repts gebrückt werden und durch französische Rajonette, die ja nun ein Jahr weiter, und zwar diesmal rechtens, in Deutschland bleiben, überwacht werden. Das Ziel? Deutschlands Vernichtung und durch seine wirtschaftliche Zügelung der Tod der 17-jährigen Wöhnen des Herrn Clemenceaux.

## Herrriots Zufriedenheit.

#### Die „moralischen“ Ergebnisse von London

(Zusammenfassung)  
Paris, 19. Aug. Herrriot, der gestern abend gegen 11 Uhr am Canal d'Orleans ankam, erklärte Pressevertretern u. a. folgendes: Die sichtbaren Ergebnisse der Londoner Konferenz bedeuten sehr wenig im Vergleich zu den moralischen Ergebnissen. Ich habe das ganz klare Gefühl, daß, wären die Londoner Verhandlungen beendet worden und eine Erlöse erwiesen, sich daraus für Frankreich eine Lage von höchstem Ernst ergeben hätte. Ich kann der Lokalen Situation und der mahlvollenden in Arbeit der englischen Premierminister's nur Anerkennung ausdrücken. Die europäische Armistiziere hat sich verwandelt und ich hoffe, daß künftig der alte Wille makabrend sein wird, um zu einer Regelung von betriebsmäßigem Charakter zu gelangen, der einzelne Wesen, den die gegenwärtigen Schwierigkeiten den einzelnen Regierungen erlauben. Eine neue Konferenz unter ähnlichen Umständen würde es ermöglichen, eins nach dem anderen der Probleme zu lösen, die auf der Londoner Konferenz nicht behandelt werden konnten. Was die Bankiers anlangt, so haben sie in einem gewissen Ausmaß Bedenken geäußert, mit denen Frankreich rechnen muß. Es darf endlich nicht vergessen werden, daß die Ausführungen des Dawes-Berichtes die letzten Zustimmungen der Vereinigten Staaten einschließen haben. (W. T. B.)

#### Bedingungen des „Matin“ für den Erfolg der Politik Herrriots.

(Zusammenfassung der „Dresdner Nachrichten“)  
Paris, 19. August. Der „Matin“ schreibt zu den letzten Erklärungen Herrriots: Die Vorbereitungen sind uns bekannten worden. Wir werden nicht mehr in das Anrecht kommen. Der Dawes-Plan ist, alles in allem genommen, der Plan einer großen internationalen Kreditoperation. Kredit braucht Vertrauen. Wenn wir nun nicht genügend Vertrauen in den deutschen Versprechungen haben, um sofort das Anrecht räumen zu können, wie kann dann die Welt ansehend Vertrauen haben, um Deutschland sein Geld zu leihen? Die Franzosen haben, um wieder zu sprechen, noch hat sie in einem Politik Herrriots ist weder schicklich, noch hat sie in einem Erfolg geföhrt. Die Welt ist in einem Zustand der Unsicherheit.

#### 1. wenn vor der Räumung des Ruhrgebietes die große Kreditoperation des Dawes-Planes realisiert worden wäre;

2. wenn vor der Räumung des Ruhrgebietes mit Deutschland ein Handelsvertrag abgeschlossen, andererseits die Transaktion und die Zahlungsformen geregelt worden wären, und zwar durch Aufstellung eines genauen Arbeitsprogramms, das eine deutsch-französische Zusammenarbeit gestiftet hätte;

3. wenn vor der Räumung des Ruhrgebietes die Zahlungsformel festgelegt worden wäre, die die nötigen Garantien für die Sicherheit hinsichtlich der materiellen und der moralischen Entwaffnung Deutschlands enthält.

#### Macdonalds persönliche Stellung zur Ruhrbesetzung.

London, 18. August. Amtlich wird der Brief bekanntgegeben, den Macdonald am 17. August an den Reichswahl zwischen den Ministerpräsidenten von Frankreich und Belgien einerseits und dem deutschen Reichskanzler andererseits bezüglich der Ruhrbesetzung an Herriot und Demis gerichtet hat. Das Schreiben betont erneut, daß die britische Regierung die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung, auf Grund deren Frankreich und Belgien handeln, niemals anerkannt habe. Es geht der Hoffnung Ausdruck, daß die lediglich für wirtschaftliche Zwecke unternommene Besetzung alsbald nach Inkrafttreten des Dawes-Berichtes zurückgezogen werde. Die britische Regierung nehme lediglich Kenntnis von dem zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits geschlossenen Abkommen und dringe nachdrücklich auf eine möglichst baldige Räumung des Ruhrgebietes, da nach ihrer Ansicht die Fortdauer der Besetzung die Wirkung des Dawes-Planes täglich beeinflussen und das auf der Londoner Konferenz vereinbarte Uebereinkommen gefährden könne. (W. T. B.)

#### Der belgische König auf einer Italienreise.

Brüssel, 19. August. König Albert ist gestern abend nach Italien abgereist. (W. T. B.)